

Präs.: 3. März 1971 No. 480/J

### A N F R A G E

der Abgeordneten Melter, Zeillinger und Genossen,  
an den Herrn Bundesminister für Soziale Verwaltung,  
betreffend § 53 KOVG.

Die Versorgungsberechtigten nach dem KOVG sind verpflichtet, jede ihnen bekannt gewordene Veränderung in den rechtlichen Voraussetzungen für den Rentenbezug, die den Verlust oder eine Minderung ihres Anspruches begründet, binnen zwei Wochen dem zuständigen Landesinvalidenamt anzuzeigen. Diese Verpflichtung gilt auch im Zusammenhang mit der Pensionsdynamik jeweils zum 1. Jänner jeden Jahres.

Gemäß § 52 Abs. 3 Z. 4 wird die Neubemessung einer vom Einkommen abhängigen Versorgungsleistung, die auf Grund der jährlichen Pensionsanpassung erforderlich ist, mit dem Ersten jenes Monats wirksam, in dem die Einkommensänderung eingetreten ist.

Wenn nun der Versorgungsberechtigte erst in dem Monat des Bezuges der erhöhten Leistung verpflichtet ist, innerhalb von zwei Wochen das Landesinvalidenamt zu verständigen, so ergibt sich daraus, daß jedenfalls ein Überbezug für den Monat Jänner jeden Jahres nicht zum Rückersatz vorgeschrieben werden kann. Ausserdem werden die Landesinvalidenämter von den Pensionsversicherungsanstalten wesentlich früher über die Auswirkungen der Pensionsdynamik verständigt, wobei den Pensionsbeziehern mitgeteilt wird, daß das Landesinvalidenamt eine Nachricht erhalten habe. Sie können demzufolge mit Recht annehmen, daß die Versorgungsbehörde bereits verständigt wurde, sodaß eine neuerliche Meldung überflüssig ist. Auch ist zu beachten, daß eine doppelte Meldung natürlich eine wesentliche Mehrarbeit bei den Versorgungsbehörden verursacht.

./.

-2-

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den  
Herrn Bundesminister für Soziale Verwaltung die

A N F R A G E :

Sind Sie bereit, im Zusammenhang mit der nächsten  
Novellierung des Kriegsoferversorgungsgesetzes im gegen-  
ständlichen Ministerialentwurf eine Bestimmung vorzusehen,  
nach welcher eine Meldepflicht in Bezug auf dynamisierte  
Pensions-und Rentenbezüge entfällt.

Wien, den 3.3.1971